

P R e s s e

S P i e g e l

## Polen - Pressespiegel 03/2024 vom 18.01.2024

---

*Das finden Sie in dieser Ausgabe*

- *Die PiS verteidigt ein System, aber nicht die Verfassung*
- *Michalik: Rechtlich gesehen muss die PiS verboten werden. Die Verfassung ist klar*
- *Will die PiS den Sejm wirklich auflösen? Ein solcher Plan könnte sich als sehr kostspielig erweisen*
- *Duda begnadigt erneut Wąsik und Kamiński*
- *Die „politischen Gefangenen“ von der PiS und ihre Opfer. Einer von ihnen fragt: Hat meine Frau nicht auch geweint?*
- *Anne Applebaum: Die Russen sind viel schwächer, als sie behaupten*

*Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche*

## Die PiS verteidigt ein System, aber nicht die Verfassung



Quelle: [kulturaliberalna.pl](http://kulturaliberalna.pl)

**A**uf den ersten Blick haben PiS und PO die Rollen getauscht - die einen übernehmen die Macht, die anderen schreien über einen Angriff auf die Demokratie. Aber das stimmt so nicht. Die Regierung Tusk handelt nicht wie die PiS, und die PiS handelt nicht wie das Komitee zur Verteidigung der Demokratie.

### Die Regierung Tusk handelt nicht wie die PiS

In letzter Zeit wurden Stimmen laut, dass die PiS und die PO nach dem Machtwechsel einfach die Plätze getauscht hätten. Vorher habe die PiS gegen die Verfassung verstoßen, während die Plattform vor einer Diktatur gewarnt habe und die Rechtsstaatlichkeit verteidigt hat. Jetzt sei es die neue Regierung, die das Recht breche, während die rechte Opposition die Rechtsstaatlichkeit verteidigt und über einen Angriff auf die Demokratie schreit. Das ist angeblich ein Theater, in dem alle die Rollen spielen, die sie bisher gespielt haben, nur sagen sie das Gegenteil - so wird es immer schlimmer, wir befinden uns in einer Abwärtsspirale. Der Chef der „Neuen Konföderation“, Bartłomiej Radziejewski, hat sich zum Beispiel kürzlich in diesem Sinne geäußert, und auch andere rechte Publizisten tun dies.

Diese Art der Analyse mag auf den ersten Blick verlockend erscheinen - was gibt es Schöneres als ein wenig Katastrophismus. Sie ist jedoch aus zwei Gründen fehlerhaft: Sie geht von einer falschen Gleichwertigkeit der Handlungen früherer und aktueller Mächte aus, und sie ist rein statisch und nicht dynamisch, so dass sie die Bedeutung der Abfolge der Ereignisse unterschätzt. In ähnlicher Weise kommen einige Kommentatoren internationaler Angelegenheiten zu dem Schluss, dass Russland die Krim annektiert haben mag, aber wenn die Ukraine sie zurückerobert will, verhält sie sich aggressiv und

provoziert Russland. Wenn der Kontext auf magische Weise verschwindet, beginnen die Dinge wirklich gleich auszusehen.

In unserem Fall ist es so, dass die PiS acht Jahre lang die verfassungsmäßige Ordnung demontiert hat. Die Logik des PiS-Regierungsmodells - mit der fortschreitenden Machtkonzentration und der Radikalisierung des politischen Konflikts - zielte darauf ab, das polnische System zumindest in eine Form der so genannten illiberalen Demokratie oder Wahlautokratie zu verwandeln, in der Wahlen abgehalten werden, aber es wird immer schwieriger, die Regierung zu wechseln. Infolgedessen ist das polnische Rechtssystem heute an vielen Stellen beschädigt und es gibt keinen klaren Weg zu seiner Heilung. Dies gilt umso mehr, als die Partei von Jarosław Kaczyński es weiterhin zerstören will.

Der fundamentale Unterschied zwischen der PiS und der neuen Regierung besteht darin, dass letztere keine systemische Bedrohung für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie darstellt. Es handelt sich um eine Koalition aus verschiedenen demokratischen Parteien, von denen keine der Parteien autoritäre Tendenzen aufweist und jede von ihnen von politischem Pluralismus ausgeht. Konkret betrachtet haben die systemischen Maßnahmen der neuen Regierung in den Medien bisher vor allem zu zwei Themen Kontroversen ausgelöst, nämlich zur Methode der Umsetzung von Veränderungen in den öffentlichen Medien und zum Verordnungsentwurf des Justizministers, der vorsieht, dass Anträge auf den Ausschluss von Neo-Richtern von der Rechtsprechung nicht von Neo-Richtern geprüft werden sollen. Unabhängig von den ausführlichen Diskussionen zu diesen Themen geht es bei beiden Prozessen um die Heilung der von den PiS-Regierungen geerbten Pathologien und nicht um den Versuch, das System zu zerstören. Mögliche rechtliche Zweifel betrafen hingegen in beiden Fällen eher die Wahl der besten Methode als ein verfassungsrechtlich gerechtfertigtes Vorgehen.

### **PiS handelt nicht wie das Komitee zur Verteidigung der Demokratie**

Aber genauso wenig wie die neue Regierung in die Fußstapfen der PiS tritt, tritt die PiS in die Fußstapfen der früheren Opposition, und die Ähnlichkeiten sind in dieser Hinsicht nur oberflächlich. In der Tat appelliert die PiS jetzt an das Modell „Straße und Ausland“, das sie in der Vergangenheit verachtet hat. So schlägt sie auf Polnisch und Englisch Alarm gegen eine „Tusk-Diktatur“ und kündigt für den 11. Januar eine Demonstration der „freien Polen“ an und spricht sogar von der Notwendigkeit, den Rechtsstaat zu verteidigen.

Diese Aktionen sind jedoch nicht authentisch. Schließlich glaubt niemand, dass sich die PiS wirklich dafür interessiert, was westliche Institutionen oder die westliche öffentliche Meinung über die Rechtsstaatlichkeit in Polen denken. Sie wollen diese Faktoren allenfalls dazu nutzen, das Handeln der neuen Regierung zu stoppen oder zu verlangsamen. Und als die Polen in den vergangenen Jahren gegen die Politisierung der Justiz protestierten, war das der PiS egal - in den Augen der damaligen Behörden waren es manipulierte Menschen oder Agenten ausländischer Mächte, die demonstrierten.

Jarosław Kaczyński schätzt ebenso wenig das Ideal der Rechtsstaatlichkeit - in öffentlichen Äußerungen hat er in der Vergangenheit das Prinzip des Legalismus kritisiert, d. h. die Vorstellung, dass das Handeln der Regierung auf einer formal verstandenen Rechtsgrundlage beruhen sollte. Die PiS benutzt einfach die Sprache der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, um ein System zu verteidigen, das zuvor durch die Zerstörung der verfassungsmäßigen Ordnung geschaffen wurde.

Außerdem waren die Verweise auf die Zivilgesellschaft, die Verweise auf die EU-Institutionen und die Rechtsstaatlichkeit für einen großen Teil der Wählerschaft der neuen Regierung wichtig, nicht aber für die Wählerschaft der PiS. In der Zwischenzeit erinnern sich die Wähler der neuen Regierung daran, was die Partei von Jarosław Kaczyński noch vor wenigen Wochen getan hat und warum sie mit einer Rekordmobilisierung zur Wahl gegangen sind - die PiS kann also nicht damit rechnen, dass sie auf diese Weise jemanden zum Protest überzeugen kann.

Mit der Darstellung einer scharfen Spaltung in der neuen Situation will die PiS also ihr eigenes Lager konsolidieren, das andernfalls Gefahr liefe, desorientiert zu werden, zu schwächeln oder auseinanderzufallen. Alternativ könnte ihr Ziel auch darin bestehen, bei den weniger entscheidungsfreudigen Wählern ein Gefühl des Chaos oder der Unsicherheit zu erzeugen, was es der neuen Regierung erschweren würde, in Zukunft Wähler zu mobilisieren.

## Wie viel ist einer Regierung erlaubt

Nun aber kommen wir zu einem Vorbehalt, der das bisher skizzierte einfache Muster ergänzen muss. In der öffentlichen Debatte entgeht sie uns manchmal, allein schon wegen des Ausmaßes der politischen Emotionen sowie des zeitgenössischen Medientums, in dem fast nur die schrillsten und schärfsten Äußerungen Widerhall finden - aber um der Klarheit willen lohnt es sich, unserer Meinung nach, sie beizubehalten.

Erster Vorbehalt: Die Verteidigung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit durch die PiS ist fiktiv, aber das bedeutet nicht, dass die neue Macht Handlungsfreiheit hat - jede normale Autorität muss beobachtet werden, was sicherlich von allen Akteuren auf der liberal-demokratischen Seite verstanden wird. Die PiS kann nicht als verlässliche Opposition angesehen werden, sodass die Zivilgesellschaft, Fachleute auf bestimmten Gebieten oder die freien Medien die besseren Schiedsrichter in dieser Angelegenheit sein werden.

Und der zweite Vorbehalt: Es ist nicht so, dass die neue Regierung nach den von der PiS aufgestellten Regeln spielen muss oder sollte. Von ihr zu erwarten, dass sie - als ob nichts geschehen wäre - auf dem von ihren Vorgängern vorbereiteten Feld regiert, würde die Tatsache ignorieren, dass die Partei von Jarosław Kaczyński in den letzten acht Jahren die verfassungsmäßige Ordnung in Polen systematisch demontiert hat. Es wäre auch ein Ausdruck politischer Naivität, denn dieses Problem loszulassen und das Feld freiwillig aufzugeben, würde es der PiS nur leichter machen, die Pathologie in Zukunft zu vertiefen.

## Verfassungsslalom

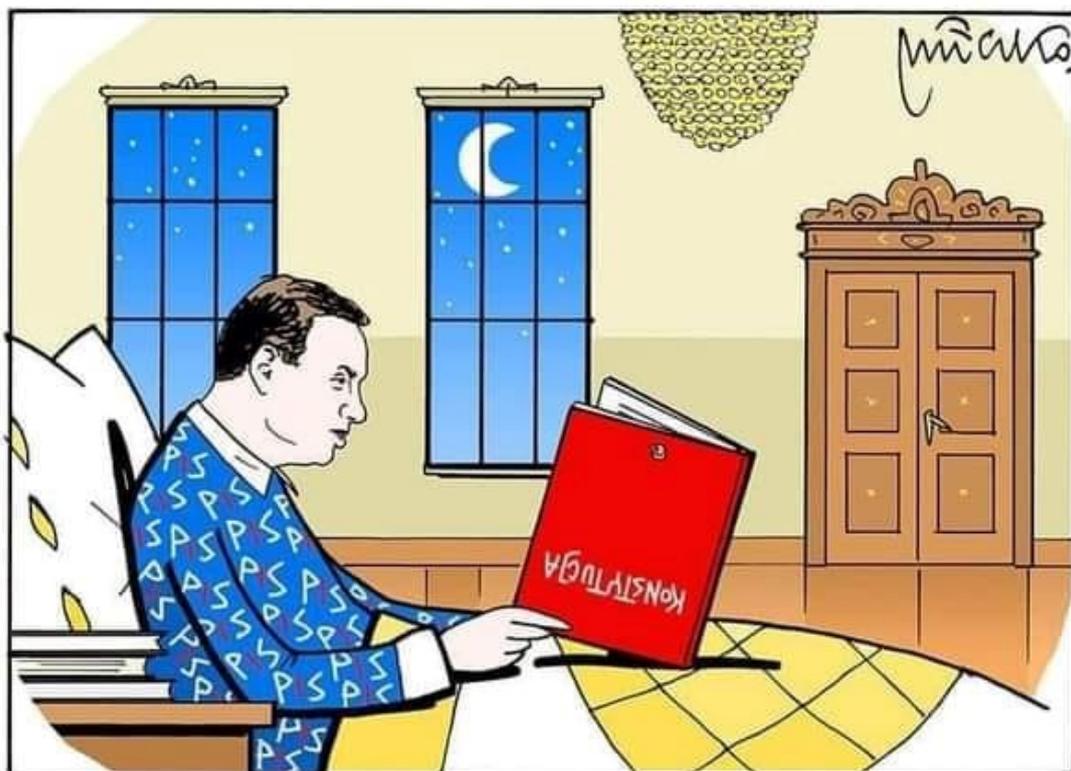
In einem optimalen Szenario wäre es daher notwendig, gleichzeitig die von der PiS vorbereiteten Hindernisse zu überwinden und keinen Vorwand für das Narrativ zu liefern, dass die Überwindung von Widrigkeiten bedeutet, dass es in der Politik keine Schranken gibt - und somit die Klarheit zu bewahren, dass die Macht ein bestimmtes Mandat und klar definierte Grenzen hat. Dies wäre sowohl aus der Sicht des Staates nützlich, da es die allgemeine Anerkennung der Verfassungsnormen stärken würde, als auch aus der Sicht der Regierungskoalition, da es ihr eine gute Handlungsgrundlage bietet.

In der Praxis ist dies ein recht anspruchsvoller Slalom, denn die Intensität des politischen Konflikts, die damit verbundenen Emotionen sowie die beispiellose Natur unserer systemischen Probleme begünstigen Kontroversen über die beste Vorgehensweise. Sie begünstigen auch sachlich ungenaue oder sprachlich unverblühte Aussagen, die die PiS dann für ihre eigenen Interessen nutzen kann.

Es scheint daher, dass die Regierungskoalition von einer etwas besseren Kommunikation in Rechts- und Gerichtsfragen profitieren würde. Wir haben in letzter Zeit gesehen, dass die PiS jeden unvorsichtigen oder aus dem Zusammenhang gerissenen Satz auf die Schippe nimmt, während die Regierungsseite manchmal keine ausreichend klare, kohärente und ausgearbeitete Position einnimmt. Die PiS hat null Glaubwürdigkeit, wenn es um die Rechtsstaatlichkeit geht, und es hat keinen Sinn, die von ihr erhobenen Vorwürfe zu erklären, weil sie in böser Absicht erhoben werden. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass mit der Zeit verschiedene Halbwahrheiten oder Mythen in der öffentlichen Debatte auftauchen werden, die ihren eigenen Charakter haben. Dies kann vermieden werden.

**Zsfg.: AV**

<https://kulturaliberalna.pl/2024/01/09/pis-broni-ukladu-a-nie-konstytucji/>



www.mleczko.pl

## Гунссуѳа (VERFASSUNG)

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

## Michalik: Rechtlich gesehen muss die PiS verboten werden. Die Verfassung ist klar



*Eliza Michalik*

Quelle: [natemat.pl](https://natemat.pl)

Von **Eliza Michalik**

Die jüngsten Ereignisse zeigen, dass die Demokratie noch nicht gewonnen ist. Die PiS versucht, einen Staatsstreich zu inszenieren und das Land zu regieren, obwohl sie kein Mandat dafür hat. Es ist klar zu erkennen, wozu sie die rechtswidrig besetzten Institutionen brauchte, die nun versuchen, die neue demokratische Regierung zu blockieren. Das Vorgehen der PiS lässt keinen Zweifel: Die Wahlen sind ihnen egal, und die Macht muss in unseren Händen bleiben. Der Autoritarismus und die Gesetzlosigkeit von Kaczyński's Partei sind heute deutlicher denn je.

Es wird keine friedliche Machtübergabe geben – das wissen wir heute mit Sicherheit. Die PiS setzt alles daran, dass es zu Unruhen kommt, die die Regierung von Donald Tusk erschüttern werden. Sie handelt nach dem Prinzip: Versuchen wir es und schauen wir, ob es funktioniert. Kein Wunder, denn schließlich haben Kaczyński und seine Leute nichts zu verlieren und alles zu gewinnen.

Ein Staatsstreich ist der Versuch einer Partei oder einer anderen Gruppe von Menschen, die Macht in einem Staat entgegen der Verfassung mit Gewalt zu übernehmen. Das ist genau das, was die PiS zu tun versucht.

Die von Kaczynski organisierte Besetzung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, die in vielfältiger Weise fortgesetzt wird und den staatlichen Sender an der normalen Arbeit hindert, ist letztlich ein Versuch, die Medienbotschaft mit Gewalt zu kontrollieren.

Ähnlich verhält es sich mit dem Obersten Gerichtshof, dem Sejm, der Staatsanwaltschaft, der Polnischen Nationalbank und den Geheimdiensten. Die PiS versucht, die Menschen überall aufzuwiegeln, wo sie kann, Unruhe stiften, in der Hoffnung, dass es schließlich irgendwo „klappt“. Das Ziel ist es, den Staat zu schwächen und Verwirrung zu stiften.

Interessanterweise wirft die PiS der Regierung dasselbe vor, und zwar zusammen mit diesen [so genannten] Symmetristen, die diese Partei unterstützen. Es gibt hier eine Regelmäßigkeit, über die ich schon lange schreibe: Die PiS beschuldigt immer andere, etwas zu tun oder zu beabsichtigen, was sie selbst tut. Wenn man wissen will, was Kaczyński plant, muss man seine Worte und Taten genau beobachten.

Die PiS muss verboten werden – das habe ich erstmals 2016 geschrieben und damit einen Sturm der Entrüstung ausgelöst, der sogar liberale Kolumnisten auf den Plan rief. Heute wiederhole ich es mit der gleichen Überzeugung. Und nicht nur das – es muss so schnell wie möglich geschehen. Kaczyńskis Partei ist schon lange keine normale Partei mehr, die in ein demokratisches Rechtssystem eingebettet ist. Sie ist eine autoritäre Partei, die bewusst und gewollt das Recht bricht, auch ohne es zu verbergen. Und das wird sie auch weiterhin tun – so lange sie kann, und sie wird Polen zerstören.

Machen wir uns keine Illusionen: Weder Kaczyński noch die PiS werden den Polen jemals Ruhe geben, sie werden nie anfangen, das Gesetz zu achten oder sich nach den Regeln der Demokratie zu verhalten. Sie glauben, dass das Gesetz für andere da ist, nicht für sie.

Die PiS steht heute außerhalb des Gesetzes, und da sie nichts zu verlieren hat, wird sie alles tun, was sie kann. Sie wird Chaos anzetteln und provozieren, bis etwas passiert. Vielleicht gehen einem Regierungspolitiker zu Recht die Nerven durch und man kann es gegen ihn verwenden? Vielleicht wird die müde Koalition anfangen zu streiten? Das Ziel der PiS ist es, die Seriosität des Staates und das Vertrauen der Bürger in seine Institutionen zu zerstören, und sie wird nicht ruhen, bis sie es erreicht hat.

Allerdings muss die PiS im Einklang mit dem Gesetz verboten werden. In Artikel 13 der Verfassung heißt es eindeutig: „Politische Parteien und andere Organisationen, die sich in ihren Programmen auf totalitäre Methoden und Praktiken des Nationalsozialismus, des Faschismus und des Kommunismus berufen, sowie solche, deren Programm oder Tätigkeit Rassen- und Nationalhass, Gewaltanwendung zur Erlangung der Macht oder zur Beeinflussung der staatlichen Politik voraussetzt oder zulässt oder welche die Geheimhaltung der Strukturen oder der Mitgliedschaft vorsieht, sind verboten.“ Die PiS erfüllt diese Voraussetzungen schon seit Langem. Warum gibt es sie also noch?

Die Demokraten in Polen machen immer wieder den gleichen Fehler – sie legen ihre Maßstäbe an Faschisten und Autokraten an. Sie denken, dass man sie überzeugen, überreden oder zu etwas verleiten kann, dass man sie „zivilisieren“ oder „zähmen“ kann. Nun, das kann man nicht.

Das sind keine normalen Politiker, und ihr Ziel ist ein anderes als das eines normalen demokratischen Politikers. Ihr Ziel ist die Zerstörung und Auslöschung der Rechtsstaatlichkeit und der Zivilgesellschaft, damit ihre Partei die volle Macht erlangen kann.

Ich bin auch davon überzeugt, dass die Verbindungen der PiS zu Russland dringend untersucht werden müssen. Wenn ich Kaczynskis Handeln beobachte, habe ich keinen Zweifel daran, dass nicht nur er, sondern auch Putin die Wahlniederlage der PiS noch nicht verkraftet hat.

**Zsfg.: JP**

<https://natemat.pl/534491,felieton-elizy-michalik-zgodnie-z-prawem-pis-trzeba-zdelegalizowac>

## Will die PiS den Sejm wirklich auflösen? Ein solcher Plan könnte sich als sehr kostspielig erweisen



Quelle: [onet.pl](https://www.onet.pl)

Von **Jakub Majmurek**

**A**uf einer Pressekonferenz im Sejm sagte der PiS-Abgeordnete Zbigniew Kuźmiuk am Freitag: „Wenn Herr Hołownia den Abgeordneten, die Immunität haben und Abgeordnete sind, nicht erlaubt, zu arbeiten, dann kann der gesamte Gesetzgebungsprozess im Sejm als illegal betrachtet werden. [...] Ich erinnere Sie daran, dass wir am Staatshaushalt arbeiten, es wäre gut, wenn die Koalitionsmehrheit darüber nachdenken würde.“

Diese Äußerung blieb den Kommentatoren nicht verborgen, und sofort kamen Spekulationen auf, dass die PiS mithilfe des Präsidenten und des Przyłębska-Tribunals die Beendigung der Mandate von Kamiński und Wąsik nutzen wollte, um die Amtszeit des Sejms zu verkürzen und vorgezogene Wahlen zu erzwingen.

Von der PiS, dem Präsidenten und dem Verfassungsgericht kann man natürlich fast alles erwarten. Dennoch gibt es ernsthafte Zweifel, ob vorgezogene Neuwahlen tatsächlich im Sinne der PiS wären. Die Gerüchte über Szenarien zur Auflösung des Sejms, die von den Politikern der Partei angeheizt werden, könnten in der Tat auf dasselbe abzielen, was die PiS in den letzten Monaten angestrebt hat: eine Eskalation der Verwirrung und die Erzeugung eines Gefühls der anhaltenden politischen Krise.

### **Sprung in den Abgrund einer Verfassungskrise**

Ähnliche Spekulationen waren bereits anlässlich des Vetos des Präsidenten gegen das Haushaltsgesetz aufgekommen. Andrzej Duda verweigerte seine Unterschrift aufgrund der darin vorgesehenen Mittel für die öffentlichen Medien und wegen des nach Ansicht des Präsidenten und seines Lagers unrechtmäßig von Minister Sienkiewicz ernannten Vorstands.

Die Medien beschrieben daraufhin folgendes Szenario, für das die „Betonköpfe der PiS“ den Präsidenten gewinnen sollten: Tusk schreibt die Finanzierung der öffentlichen Medien in das Haushaltsgesetz, Duda verweist den Haushalt deshalb an das Przyłębska-Tribunal, und das Tribunal erklärt ihn für verfassungswidrig - weil damit „illegal übernommene“ öffentliche Medien finanziert werden. Der Präsident entscheidet daraufhin, dass der Sejm ihm den Haushalt nicht rechtzeitig vorgelegt hat - denn ein verfassungswidriger Haushalt ist kein ordnungsgemäß vorgelegter Haushalt - und ordnet auf der Grundlage von Artikel 225 der Verfassung die Verkürzung der Amtszeit des Sejms an.

Dieses Szenario wurde jedoch sofort von Minister Sienkiewicz zunichtegemacht, der als Reaktion auf das Veto des Präsidenten die öffentlichen Medien liquidieren ließ. Verfassungsrechtler argumentierten auch, dass die Verfassung dem Präsidenten keinen Grund gibt, die Amtszeit des Sejms auf der Grundlage eines Verfassungsgerichtsurteils zu verkürzen, das den Haushalt für verfassungswidrig erklärt. Wenn der Präsident den Haushalt innerhalb der verfassungsmäßigen Frist erhält, kann er die Amtszeit des Sejms nicht verkürzen, selbst wenn das Haushaltsgesetz später für verfassungswidrig erklärt wird, so die Mehrheitsmeinung der Juristen.

Im Fall von Kamiński und Wąsik kommen jedoch neue Argumente ins Spiel. Wie Kamil Zaradkiewicz - ein Neo-Richter des Obersten Gerichtshofs, der früher mit Ziobro im Justizministerium zusammenarbeitete - am Wochenende auf seinem Account, auf dem Portal X argumentierte, wäre in einer Situation des „gewaltsamen Ausschlusses von den Beratungen“ der vollzähligen Abgeordneten - und als solche betrachtet die PiS Kamiński und Wąsik - der ohne ihre Beteiligung verabschiedete Haushaltsentwurf nicht nur nicht als Gesetz verabschiedet worden, sondern hätte nie die Wirkung eines Gesetzes gehabt. Hätte das Verfassungsgericht ähnlich geurteilt - d. h., dass der Haushalt nicht so sehr verfassungswidrig ist, als dass er nie ordnungsgemäß als Gesetz verabschiedet wurde -, dann hätte der Präsident feststellen können, dass ihm das Haushaltsgesetz nicht rechtzeitig vorgelegt wurde, und sich auf Artikel 225 berufen können.

Nur haben wir es hier wieder mit einer sehr kühnen, weitreichenden Auslegung der Gesetzesregelungen zu tun. Und das Przyłębska-Tribunal - besetzt mit Doublerichtern und PiS-Politikern, geleitet von einer Präsidentin, die von einigen amtierenden Richtern nicht anerkannt wird - ist heute nicht befugt, eine solche weitreichende Auslegung allgemein durchzusetzen.

Sollten die PiS, der Präsident und das Przyłębska-Tribunal tatsächlich versuchen, vorgezogene Wahlen nach dem von Zaradkiewicz beschriebenen Szenario durchzusetzen, könnte Polen in den Abgrund einer nach 1989 nicht gekannten Verfassungskrise blicken. Denn das Tribunal könnte entscheiden, dass der Haushalt kein Gesetz ist, der Präsident, dass er die Amtszeit des Sejms verkürzt, und die Sejm-Mehrheit, dass weder das Verfassungsgericht das Recht hat, so zu entscheiden, noch der Präsident, die Legislaturperiode zu verkürzen. Die größte Oppositionspartei würde unterdessen anerkennen, dass der Sejm faktisch aufgelöst ist und dass die Regierungskoalition, wenn sie sich weigert, sich an diese Entscheidung zu halten, unrechtmäßig handelt, indem sie die Macht an sich reißt. Wir würden dann nicht mehr von einem rechtlichen Dualismus sprechen, sondern von zwei parallelen staatlichen Realitäten.

### **Die PiS hat keine Chance, durch vorgezogene Wahlen an die Macht zurückzukehren**

Gleichzeitig ist es unmöglich, sich vorzustellen, wie vorgezogene Neuwahlen der PiS helfen sollen, wieder an die Macht zu kommen. Das oben beschriebene Szenario würde die Partei Kaczyńskis nicht plötzlich wieder koalitionsfähig machen - im Gegenteil, es könnte die Überzeugung der Führer der PSL, von Polen 2050 und der Linken weiter stärken, dass eine Zusammenarbeit mit der PiS schlichtweg unmöglich ist. Um in die Regierung zurückzukehren, müsste sie sich daher eine unabhängige Mehrheit im Sejm der elften Wahlperiode sichern.

Die Wähler der Koalition des 15. Oktober hätten die Erzwingung von vorgezogenen Neuwahlen durch den Präsidenten und das in ihren Augen völlig entmachtete Przyłębska-Gericht als Versuch gewertet, den demokratischen Willen der Wähler vom letzten Herbst zu unterlaufen. So würden es auch KO, die Linke und der Dritte Weg darstellen. Eine Kampagne unter dem Motto „Lasst euch eure Stimme nicht von der PiS wegnehmen“ könnte die gegnerische Wählerschaft von Kaczyńskis Partei weiter mobilisieren. Die PiS

hingegen wird mit dem Schreckgespenst der „Koalition des 13. Dezember“ wohl kaum mehr mobilisieren können als im Herbst.

Wenn die PiS also auf vorgezogene Neuwahlen setzt, könnte sie im 11. Sejm mit einer viel kleineren Fraktion aufwachen als im jetzigen Parlament. Bei günstigem Wind könnte die Opposition, vielleicht mit Unterstützung der Konföderation, sogar in die Nähe einer Mehrheit gelangen, die ein Veto des Präsidenten überstimmen könnte.

Der verzweifelte, radikale Schritt unter Verletzung aller Regeln des politischen Wettbewerbs mit vorgezogenen Wahlen könnte die PiS auch bei den Europa- und Kommunalwahlen viel kosten. Und hier muss die PiS ihre Verluste minimieren, schon allein deshalb, weil jede verlorene Kommunalregierung für mehr Parteiaktivisten bedeutet, dass sie nicht mit Posten für ihr Engagement in der Partei belohnt werden können.

### **Kaczyński hat tatsächlich verloren**

Gleichzeitig dient die Verbreitung von Gerüchten, dass „die PiS einen Weg zu vorgezogenen Neuwahlen gefunden hat“, den kurzfristigen Zielen der Partei - zumindest denen, die Jarosław Kaczyński nach seiner Niederlage im Herbst erklärte. Die PiS hat sich nach den Wahlen zu einer Chaospartei entwickelt, die auf eine maximale Destabilisierung des politischen Systems abzielt. Alle Aktionen der PiS in den letzten Monaten haben eines gemeinsam: den Versuch, bei den Polen die Überzeugung zu wecken, dass wir es in Polen nicht mit einem normalen Machtwechsel zu tun haben, sondern mit einer permanenten politischen Krise. Gerüchte, dass der Präsident den Sejm dank eines geschickten juristischen Tricks in Kürze auflösen wird, tragen sicherlich zu einer solchen Atmosphäre bei.

Warum verfällt auch die demokratische Seite dieser Atmosphäre? Vielleicht hat sie sich in den letzten acht Jahren daran gewöhnt, ständig gegen Kaczyński zu verlieren. Wenn es so aussah, als sei der Führer der PiS ins Schwanken geraten, als müsse er nun seine Mehrheit verlieren, hat sich Kaczyński am Ende immer doch noch durchgesetzt. Manchmal ist es halt am schwierigsten zu glauben, dass man wirklich gewonnen hat und an der Spitze steht.

Natürlich hat Kaczyński, als er sich aus dem Bau der Macht zurückzog, den neuen Machthabern eine Reihe von Fällen dort zurückgelassen, und das Aufräumen nach der Zeit der PiS ist, wie wir jeden Tag sehen, ein Albtraum. Aber die stärkeren Karten hat heute die Regierungskoalition in der Hand.

Wie die Briefwahlen gezeigt haben, ist der machtbesessene Jarosław Kaczyński in der Lage, sich auf riskante, völlig unüberlegte Schritte einzulassen, die seiner Partei leicht zum Verhängnis werden können. Es ist daher nicht auszuschließen, dass die PiS den Präsidenten tatsächlich mit der „Zaradkiewicz-Variante“ unter Druck setzt. Die Wahrscheinlichkeit, dass Kaczyński auf diese Weise wieder an die Macht kommt, ist jedoch nicht hoch. Auch wenn es schwerfällt zu glauben, Kaczyński hat verloren und wird für einige Zeit nicht mehr am Steuerruder des Staates stehen.

**Zsfg.: AV**

<https://www.onet.pl/informacje/newsweek/czy-pis-naprawde-chce-rozwiazac-sejm-ten-plan-moze-okazac-sie-bardzo-kosztowny/mbqcqci.452ad802>

## Duda begnadigt erneut Wąsik und Kamiński



Quelle: [wyborcza.pl](http://wyborcza.pl)

Von **Agata Kondzińska**

„Ich werde ein Begnadigungsverfahren einleiten“, sagte Andrzej Duda. Er bat den Generalstaatsanwalt, Mariusz Kamiński und Maciej Wąsik für die Dauer des Verfahrens aus der Haft zu entlassen.

„Ich leite ein Begnadigungsverfahren ein“, kündigte Andrzej Duda am Donnerstag auf einer Konferenz an. „Ich möchte, dass das Verfahren in völliger Übereinstimmung mit allen verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Normen sowie mit den Bestimmungen des Strafgesetzbuches durchgeführt wird. Es handelt sich um ein präsidiales Verfahren, was bedeutet, dass ich die ersten Schritte an den Generalstaatsanwalt weiterleite, der sich darauf beziehen muss.“

Er sagte, es sei möglich, dass der Generalstaatsanwalt die Vollstreckung des Urteils aussetzt und die Gefangenen für die Dauer des Begnadigungsverfahrens freilässt. „Und darum habe ich gebeten: dass die Männer von ihm sofort freigelassen werden, was das Problem ihrer Inhaftierung und ihres Hungerstreiks beenden wird. Ich glaube, dass dies die Stimmung in Polen beruhigen wird.“

### **Präsident überzeugt von der Ehrlichkeit**

Der Präsident erschien zusammen mit den Ehefrauen von Mariusz Kamiński und Maciej Wąsik, mit denen er zuvor im Präsidentenpalast gesprochen hatte. Er bekräftigte, dass es keinen Zweifel darangebe, dass beide Politiker politische Gefangene seien, weil sie Affären verfolgt und aufgedeckt hätten, und dies gefalle

vielen Menschen nicht, die heute wichtige Positionen im Staat innehätten. Er sprach von der „Brutalität und Schnelligkeit des Vorgehens“ - auch der Gerichte.

„Diese Situation ist schwierig für mich“, sagte Duda. Er sagte über Kaminski: „Er ist ein Freund, kristallklar ehrlich“. „Heute Morgen wurden sie getrennt und in getrennte Gefängnisse gebracht. Die Damen baten mich, die Freilassung der beiden zu erwirken, weil sie beschlossen hatten, in den Hungerstreik zu treten und keine Mahlzeiten zu sich zu nehmen“, beschrieb er ihr Schicksal.

Er erinnerte daran, dass er sie, „überzeugt von ihrer Integrität“, 2015 begnadigt hatte. Damals tat er dies vor dem endgültigen Urteilspruch. Er sagte, dass eine „politisch rasende Gruppe im Obersten Gerichtshof“ das Vorrecht des Präsidenten bezweifelt habe. „Das Gnadengesuch wurde in völliger Übereinstimmung mit der Verfassung erlassen, meiner Meinung nach sind sie immer noch Abgeordnete. Heute sind sie im Gefängnis, und jeder weitere Tag, den sie dort sind, bedroht ihre Gesundheit, ich möchte es nicht noch deutlicher ausdrücken“, sagte er.

„Ich habe eine ganze Reihe von Signalen mit ängstlichen Fragen der einfachen Leute erhalten, ‚wie es weitergeht, Herr Präsident?‘“, erzählte er. Während der Demonstration, zu der die PiS am Donnerstag in Warschau aufgerufen hatte, rief er zur Ruhe auf.

Duda erklärte, er habe die Entscheidung getroffen, um eine Eskalation zu verhindern. Er erinnerte den Justizminister und Generalstaatsanwalt Adam Bodnar daran, dass er bis vor Kurzem der Ombudsmann war. „Ich hoffe, dass er diesem Ersuchen schnell nachkommt und eine Entscheidung trifft, die den Interessen der Republik Polen entspricht“, sagte Duda.

Zuvor haben der Präsident und seine Minister wiederholt betont, dass die erste Begnadigung trotz der Anfechtung durch den Obersten Gerichtshof gültig ist. „Wyborcza“ schrieb inoffiziell, die Bremse im Palast sei Ministerin Malgorzata Paprocka, die seit Jahren in der Kanzlei des Präsidenten arbeitet. Sie hat öffentlich erklärt, dass „die Anerkennung der Begnadigung von 2015 die einzige Lösung“ für den Fall Ważika und Kamiński sei.

## **Präsident als letzte Rettung**

Die Ehefrauen der ehemaligen PiS-Abgeordneten dankten dem Präsidenten. „Die Entschlossenheit, mit der die Maßnahmen zu ihrer Inhaftierung durchgeführt wurden, lässt uns glauben, dass sie in diesem Gefängnis ihr Leben verlieren könnten, weil sie verhungern. Ihr Schicksal, ihre Situation ist eine ausgemachte Sache“, sagte Roma Ważik. Der Präsident sei der „letzte Ausweg“, so Ważik. Sie hoffte, dass sie ihre Männer heute noch zuhause sehen würden, denn „der Platz der freien Menschen, der Menschen, die ihr ganzes Leben lang ehrlich waren und Korruption bekämpft haben, ist zuhause und nicht im Gefängnis“. Dem Präsidenten gegenüber äußerten sie „große Dankbarkeit“.

Barbara Kaminska: „Die letzten Tage erinnerten mich an Geschichten über das Kriegsrecht. Jeder konnte mitverfolgen, welche Maßnahmen gegen meinen Mann, einen Parlamentsabgeordneten, ergriffen wurden. Es waren Maßnahmen, die mit völliger Rücksichtslosigkeit durchgeführt wurden, Gesetze wurden nach Belieben angewendet. Der Fall war politischer Natur. Mein Mann ist ein ehrlicher, aufrechter Mann. An einem bestimmten Punkt sah ich, dass die Organe des Staates, die eigentlich für Gerechtigkeit sorgen sollten und die Menschen, die unser Land regieren, Entscheidungen trafen, gegen das Gesetz verstießen und meinem Mann schaden.“

Und sie sagte, dass „sie noch eine letzte Bastion haben“. „Nur der Präsident kann uns helfen, unsere ehrlichen Ehemänner zu befreien.“

## **Weswegen sie verurteilt wurden**

Maciej Ważik und Mariusz Kamiński wurden wegen Überschreitung ihrer Befugnisse und Nichterfüllung ihrer Pflichten rechtskräftig verurteilt. Sie nutzten unrechtmäßig eine Provokation, die mit gefälschten Dokumenten und verdeckten Beamten durchgeführt wurde. Sie verstießen gegen das Gesetz, indem sie ohne Zustimmung des Generalstaatsanwalts und des Gerichts die Installation von Abhörgeräten in Hotelzimmern anordneten.

Weder Kaminski noch Wąsik erkennen das Urteil an. Sie sind der Meinung, dass sie trotz der Entscheidung des Sejm-Präsidenten Szymon Hołownia, die besagt, dass ihre Mandate erloschen sind, weiterhin Abgeordnete sind (obwohl die Mandate selbst per Gesetz zusammen mit der rechtskräftigen Verurteilung erloschen sind). Am Montag erließ das Bezirksgericht eine Entscheidung über die Vollstreckung des Urteils, was das Signal für die Polizei war, die Verurteilten festzunehmen. Sie wurden im Präsidentenpalast festgenommen, dann auf eine Polizeistation und schließlich in eine Haftanstalt in Grochów gebracht. Am Donnerstag wurden sie in zwei verschiedene Gefängnisse verlegt.

Die PiS spricht von „politischen Gefangenen“ und der Präsident verspricht, dass er „nicht ruhen wird, bis sie freigelassen werden“.

Die Entscheidung des Präsidenten wird von vielen Politikern kommentiert. „Duda muss seine eigene Zunge fressen! Es wurde eine verlogene Geschichte gestreut. Es gab keine wirksame Begnadigung. Und es wird keine weiteren Begnadigungen ohne rechtskräftige Urteile geben. Denn es war reine Gesetzlosigkeit“, schrieb Michał Szczerba auf Service X.

**Zsfg.: JP**

<https://wyborcza.pl/7,75398,30585534,duda-raz-jeszcze-ulaskawia-wasika-i-kaminskiego.html#S.MT-K.C-B.2-L.1.maly>

## Die „politischen Gefangenen“ von der PiS und ihre Opfer. Einer von ihnen fragt: Hat meine Frau nicht auch geweint?



Quelle: [wyborcza.pl](http://wyborcza.pl)

**A**m Mittwochabend erhielt ich eine Nachricht von Wojciech Kwaśniak. Er hatte gerade ein Interview mit den Ehefrauen von Mariusz Kamiński und Maciej Wąsik auf TV Republika gesehen.

Die Frauen (als „Ehefrauen politischer Gefangener“ dargestellt) sprachen von ihrem Schmerz und Schock, nachdem ihre Männer verhaftet und ins Gefängnis gebracht worden waren. Sie schilderten ergreifend, wie sie eine Tasse mit nicht ausgetrunkenem Kaffee auf dem Tisch stehen ließen und die Schlüssel irgendwo hingeworfen haben. Eine schilderte, wie sie es nicht schaffte, die Heizung selbst einzuschalten, „weil ihr Mann sich immer darum kümmert“.

Kwaśniak, stellvertretender Leiter der Finanzaufsichtskommission [KNF] von 2011 bis 15, wurde im Dezember 2019 von dem von Kamiński und Wąsik geleiteten Zentralen Antikorruptionsbüro festgenommen.

Zusammen mit vier weiteren KNF-Beamten wurde Kwaśniak von Warschau zur Staatsanwaltschaft in Szczecin gebracht. Als sie angeklagt wurden, hielt der polnische Staatsanwalt Bogdan Świączkowski eine Hass-Rede über sie.

Jetzt – nachdem er die Sendung im Sender Republika gesehen hat – schreibt Wojciech Kwasniak: „Hat meine Frau nicht auch geweint und sich gestresst, als sie mich festnahmen und einen fingierten Fall vortäuschten?“

Sie bezahlte es schließlich mit ihrer Krankheit und dem Tod.... Haben die anderen Beamten der KNF nicht auch Frauen und Kinder? Irgendwie war das in jenen Jahren für die Machthaber kein Thema.“

## **Nach der Aktion „Mengele“ hat sich Garlicki nicht wiederaufgerichtet**

Ein weiteres Beispiel. 12. Februar 2007, die erste PiS-Regierung. Kamiński und Wąsik stehen an der Spitze des Zentralen Antikorruptionsbüros [CBA]. Zbigniew Ziobro ist Justizminister. CBA-Agenten dringen in das Krankenhaus des Innenministeriums ein und stürmen in das Büro des Herzchirurgen Mirosław Garlicki. Sie werfen den Arzt zu Boden und führen ihn dann in Handschellen ab. Dies ist die Schlusszene einer „Spezialoperation“ mit dem Codenamen „Mengele“. Der Codename ist nicht zufällig gewählt. Er bezieht sich auf den Namen des Nazi-Verbrechers, der pseudomedizinische Experimente an Auschwitz-Häftlingen durchführte.

Wenige Stunden nach der Verhaftung triumphieren Ziobro und Kamiński auf einer Pressekonferenz. Ziobro: „Dieser Herr wird nie wieder jemandem das Leben nehmen“. Kamiński: „Dieser Virtuose Mirosław G. hatte eine Todesrate von 30 Prozent. Das Verbrechen des Mordes kann stattgefunden haben. Unser Wissen ist alarmierend und viel umfangreicher“. Teil der Konferenz ist ein Video, das zeigt, wie der Arzt festgenommen und aus dem Krankenhaus gebracht wird, sowie eine Durchsuchung seiner Wohnung. Bilder von Alkoholflaschen, Geldscheinen und teuren Uhren ...

Garlicki wurde nie wegen des Mordes an einem Patienten oder, wie Ziobro und Kamiński annahmen, an mehreren Patienten angeklagt. Er war bereits im Juli desselben Jahres aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Er wurde nicht einmal in einem Mordfall angeklagt. Aber nach dem „Mengele“-Komplott erholte sich Garlicki nie wieder und kehrte auch nicht in seinen Beruf als Herzchirurg zurück.

In einem Interview mit Teresa Torańska erwähnte Garlicki eine wichtige Szene, die sich nach seiner Verhaftung ereignete: „Sie brachten mich zum CBA-Palast. Als ich bereits im Hof war, kam Herr Kamiński hereingelaufen und wünschte mir mit erhobener Stimme einen schönen Aufenthalt ‚im Sanatorium‘“.

„Er sagte, wir würden uns sehen, wenn ich grauhaarig sei, und dass ich nie wieder ein Rezept für Vitamin C ausstellen werde. Es war das erste Mal, dass ich einer Sprache begegnete, die ich nicht verstand. Es war die vulgäre Soldatensprache“.

## **Namen und Beispiele können vielfältig werden**

Dies sind nur zwei Beispiele für das rücksichtslose Vorgehen der „starken Männer der PiS“ gegen Menschen, die unschuldig waren und deren spektakuläre Verhaftungen notwendig waren, um die Macht der Behörden und die Effizienz ihrer Sheriffs zu demonstrieren. Aktionen wie die mit Kwaśniak oder Garlicki sollten die verhassten „Eliten“ und politischen Gegner der PiS treffen. Manchmal, wie im Fall von Kwaśniak, wurden auch andere Ziele verfolgt – in diesem Fall der Schutz des SKOK-Systems, das offen mit der PiS verbunden ist.

Viele Namen und Beispiele lassen sich aufzählen. Im April 2007, nachdem Barbara Blida verhaftet worden war, plante Ziobro eine Pressekonferenz. Dort sollte er einen Erfolg im Kampf gegen das „System“ verkünden. Daraus wurde nichts, denn Blida starb [durch ein Suizid], nachdem die Agentur für Innere Sicherheit [ABW] ihr Haus betreten hatte. Eine TVP-Kamera wartete bereits hinter dem Zaun, bereit, die Herausführung der gefesselten Blida zu filmen. Ihrer Freundin wurde gedroht, dass man ihre Tochter einsperren würde, wenn sie Blida nicht belasten würde.

Im Herbst 2020 verlor der Rechtsanwalt (jetzt Abgeordneter) Roman Giertych während einer Hausdurchsuchung durch die CBA das Bewusstsein. Während er im Krankenhaus lag, versuchte die Staatsanwaltschaft von Ziobro, Anklage gegen ihn zu erheben. Giertychs Tochter wurde immer noch von der Polizei verfolgt, wobei mysteriöse Personen in Zivil vor ihrem Haus standen.

Staatsanwalt Adam Roch, einer der beliebtesten Ermittler der PiS, wurde berühmt, weil er 2006 eine Verdächtige während der Geburt verhörte. Zur Belohnung wurde er zum Richter am Obersten Gerichtshof ernannt. Als im Jahr 2009 die CBA eine Freundin von Jolanta Kwaśniewska [Ehefrau des Präsidenten Aleksander Kwaśniewski] in Gewahrsam nahm (sie sollte in Erziehungshaft genommen werden, um dort „etwas über die Kwaśniewskis zu sagen“), stürzten sich die Agenten auf sie in Gegenwart ihrer behinderten Kinder. Eines von ihnen erlitt einen Krampfanfall.

## **Und es gab immer noch „unbekannte Täter“**

Als der oppositionelle Abgeordnete Krzysztof Brejza mit der PiS in Konflikt geriet, sickerten an die Öffentlichkeit manipulierte Nachrichten, die illegal von seinem Telefon erlangt wurden. Von der Staatsanwaltschaft sickerten zum TV-Sender TVP belastende Berichte über den Bürgermeister von Danzig, Paweł Adamowicz. Der Mann, der den Bürgermeister auf der Bühne des WOŚP-Finales am 14. Januar 2019 tötete, sah sie sich ebenfalls an.

Und es gab immer noch „unbekannte Täter“: Die Familie des ehemaligen CBA-Chefs Paweł Wojtunik (einer der Hauptfeinde des Duos Wąsik & Kamiński) erhielt regelmäßig Nachrichten, dass der Vater tot sei. Der NIK-Präsident Marian Banaś wurde mit der Nachricht erschreckt, dass sein Sohn Selbstmord begangen habe.

Heute zerreißt sich die PiS die Kleider wegen des Schicksals von Wąsik und Kamiński. Und über den kranken Zbigniew Ziobro, denn seine Krankheit muss respektiert werden... Es ist wahr, sie selbst und ihre Familien erleben heute ein Drama. Das gleiche Drama – oft in Einsamkeit, oft gedemütigt durch eine unterwürfige Presse – erlebten auch ihre Opfer.

Das ist es wert und muss in Erinnerung bleiben.

**Zsfg.: JP**

<https://wyborcza.pl/7,75398,30583751,polityczni-wiezniowie-z-pis-i-ich-ofiary.html>

## Anne Applebaum: Die Russen sind viel schwächer, als sie behaupten



Quelle: [wyborcza.pl](http://wyborcza.pl)

Von **Anne Applebaum**

**A**m 29. Dezember startete Russland seinen größten Raketenangriff auf die Ukraine seit Beginn der Invasion. Am 2. Januar kam es zu einem weiteren massiven Beschuss von Schulen, Krankenhäusern und Wohnhäusern. Am Tag nach dem orthodoxen Weihnachtsfest feuerten die Russen erneut einen Raketenhagel ab. Die Angriffe sollten eine Botschaft vermitteln: Der russische Präsident ist nicht an Verhandlungen, Waffenstillständen oder dem Erhalt von Land im Austausch für Frieden interessiert. Putin kann die Ukraine zwar nicht militärisch besiegen, aber er kann den Druck aufrechterhalten, die zivile Infrastruktur zerstören, abwarten, bis die Verbündeten müde werden, die ukrainische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, sich gegen die Regierung zu wenden, und dann kampfflos zu gewinnen.

### **Es geht um psychologische Kriegsführung, nicht nur um die Anzahl der Kugeln**

Diese neue Phase der Kämpfe wird oft als "Zermübungskrieg" bezeichnet, so als ob nur die Anzahl der Kugeln über den Ausgang entscheiden würde. Die Anzahl der Kugeln ist natürlich wichtig, aber dieser Krieg hat auch eine erzählerische und psychologische Dimension.

Mit der Bombardierung zeigen die Kreml-Beamten nun allen - westlichen Politikern und Journalisten, der Ukraine, dem russischen Volk -, dass sie den Verlust von 300.000 Toten und Verwundeten und den enormen Verlust an Ausrüstung verkraften können, dass die Wirtschaft blüht und dass sie bereit sind, die

Hälfte des Haushalts für die militärische Produktion auszugeben, solange es nötig ist. Gleichzeitig bezeichnen die Russen und ihre Unterstützer in den USA und Europa die Ukraine als korrupt, politisch gespalten und vor allem als dem Untergang geweiht. In Washington rechtfertigen einige Republikaner ihre (bisher) erfolgreichen Versuche, die US-Hilfe für die Ukraine zu blockieren, genau damit. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban - der um russischen und chinesischen Investitionen buhlt - tut dasselbe, indem er europäische Hilfe blockiert.

Die Ukrainer wissen, dass Verhandlungen mit Russland aussichtslos sind, ganz zu schweigen davon, dass Moskau sie nicht anbietet. Sie wissen auch, dass eine militärische Niederlage immer noch genau das Gleiche bedeutet wie im Februar 2022: Besetzung, Massenunterdrückung, Konzentrationslager und das Ende einer unabhängigen Ukraine.

Sie wissen auch, dass die Russen viel schwächer sind, als sie behaupten. Ihre Soldaten tapen noch immer in ukrainische Fallen, ihre Kommandeure scheinen noch immer zu improvisieren. Auch die russische Öffentlichkeit ist bereits kriegsmüde und hat einen sinkenden Lebensstandard. Um die Russen militärisch und psychologisch zu besiegen, um die von Orban und der Trump-freundlichen amerikanischen Rechten wiederholte russische Propaganda zu untergraben, um Bündnisse aufrechtzuerhalten und Territorien zu verteidigen, bis die Russen genug haben, müssen sich die Ukrainer jedoch verändern.

### **Die ukrainische Regierung muss die Überreste der Korruption beseitigen**

Vor zwei Jahren, in den Wochen nach der Invasion, stürzten sich gewöhnliche Leute auf den Kauf von Nachtsichtgeräten, Manager von eleganten Restaurants fütterten die Soldaten und Männer fuhren ihre Kinder zur Grenze und fuhren wieder nachhause, um der Armee beizutreten. Heute müssen die gemeinsame Bewegung und die wilde Energie, die die ukrainische Armee und Gesellschaft in den letzten zwei Jahren angetrieben haben, in Systeme, Institutionen und Regeln umgewandelt werden. Die Ukraine braucht nicht nur die motivierteste Armee, sondern auch die am besten geführte. Die Ukraine braucht nicht nur versierte Ingenieure, die innovative Marinedrohnen bauen, sondern auch die modernste Verteidigungsindustrie in Europa, wenn nicht sogar in der Welt. Und letztendlich muss die ukrainische Regierung alle Überbleibsel von Korruption und Misswirtschaft beseitigen - und auch ihre Verbündeten davon überzeugen, dass sie das Problem in den Griff bekommen hat.

Dies sind nicht meine Empfehlungen. Ich habe sie Ende Dezember in Kyjiw von dem neuen ukrainischen Verteidigungsminister Rustem Umjerow gehört.

### **Der ukrainische Verteidigungsminister schöpft aus den Erfahrungen seiner Kindheit**

Für Außenstehende mag Umjerow ein unscheinbarer Kandidat für dieses Amt sein. Er wurde 1982 in Usbekistan geboren. Er stammt aus einer Familie von Krimtataren, die in den 1940er Jahren von Stalin vertrieben wurden und erst 1991 auf die Krim zurückkehrten, als die Ukraine von Moskau unabhängig wurde. Er erzählte mir, dass er schon als kleiner Junge „verstanden hat, wie es ist, das zu sein, was wir heute einen Flüchtling nennen.“

Erinnerungen an die Umsiedlung und die Zugehörigkeit zur muslimisch-tatarischen Minderheit hätten dazu führen können, dass sich der zukünftige Verteidigungsminister ausgeschlossen und entfremdet fühlt. Doch das war nicht der Fall - im Gegenteil: Umjerow verbindet seine Kindheitserfahrungen mit seiner jetzigen Funktion. Denn er begriff schnell, dass die Tataren nur dann sicher sein würden, wenn die Krim Teil einer demokratischen, toleranten Ukraine wäre, während die Ukraine erst dann ein demokratischer und toleranter Staat sein würde, wenn sie Teil Europas wäre. Daher unterstützte er die Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO und der Europäischen Union zu einer Zeit, als dies nicht besonders populär war. „Wir wollen Teil der zivilisierten Welt sein“, sagt er heute, „Teil der Welt der Rechtsstaatlichkeit. Was Russland anbietet, ist das Fehlen von Rechtsstaatlichkeit, das Fehlen von Entwicklung, aber Aggression gegenüber seinen Nachbarn.“

Nach der russischen Besetzung der Krim im Jahr 2014, als viele Tataren erneut aus ihrer Heimat vertrieben wurden, setzte sich Umjerow für die politischen Gefangenen der Krim ein - er war es, der ihre Freilassung aushandelte. Ab Februar 2022 füllte er mehrfach - sowohl formell als auch informell - die Rolle eines Vermittlers mit Russland, der Türkei und den Golfstaaten aus.

Im Laufe der Zeit erwarb er sich einen Ruf als kompetente Person. Als ich mich in Kyjiw nach ihm erkundigte, erwähnten die Gesprächspartner die Sprachen, die er spricht (Türkisch, Englisch, Russisch und Ukrainisch), seine umfangreichen Kontakte, seine Natürlichkeit und seine Gelassenheit. Wir sprachen in demselben unpersönlichen Konferenzraum, in dem ich zuvor seinen Vorgänger Oleksij Resnikow getroffen hatte, einen engagierten Juristen, der gute Beziehungen zu seinen ausländischen Amtskollegen aufgebaut hatte, aber nach einer Reihe von Artikeln über Korruption im Verteidigungsministerium ging.

Resnikow war in keinen der Skandale persönlich verwickelt: Ab 2022 hatten wir keine Information über den Missbrauch ausländischer Hilfe oder Korruption auf hoher Ebene in der Armee. Es gab jedoch eine Überschätzung der Kosten und Verschwendung. Solche Dinge passieren auch beim US-Militär - nur dass, wenn der ukrainischen Armee Winteruniformen fehlen, weil jemand den falschen Vertrag unterschrieben hat, Menschen sterben können.

### **Die Ukraine braucht nicht nur F-16, sondern auch Winterstiefel**

Umjerows zweitwichtigste Aufgabe ist es, reale und imaginäre Verschwendung zu beseitigen. Sie sei auch Teil eines größeren Problems, sagte er. Die Ukraine braucht immer noch alles: Artilleriegranaten, Winterstiefel, F-16-Flugzeuge. Die Priorisierung des Bedarfs der Armee, die Umsetzung in konkrete Beschaffungen und die Koordinierung mit westlichen Unternehmen und der sich entwickelnden ukrainischen Verteidigungsindustrie ist ein komplexes Managementproblem, das mehr als eine Lösung erfordert. Umjerow nannte mehrere, darunter 10-Jahres-Verträge, die in- und ausländischen Unternehmen bei der Umsetzung langfristiger Planungen helfen sollen, und Investitionskonferenzen, um westliche Unternehmen zu ermutigen, direkt mit der Ukraine zusammenzuarbeiten.

Wenn er über diese Veränderungen spricht, bezieht er sich häufig auf „OECD-Grundsätze“ und „NATO-Standards“. Er spricht auch von „Systemen“ und „Transparenz“. Dies sind keine leeren Worte. Der Fortbestand der Ukraine hängt davon ab, dass man ihnen eine reale Bedeutung gibt.

### **Der Militärdienst weckt eine zunehmend größere Furcht**

Umjerows wichtigeres Problem - das wichtigste Problem der Ukraine - sind jedoch die Menschen, nicht Stiefel und Kugeln. Die Ukraine muss mehr Soldaten mobilisieren und ausbilden und Veteranen eine Pause vom Kämpfen gönnen. Und der Militärdienst weckt eine zunehmend größere Furcht. Es gibt Berichte über Menschen, die zum Eintritt in die Armee gezwungen werden, und über Flüchtlinge, die versuchen, sich über Grenzen zu schleichen und Flüsse zu überqueren, um der Mobilisierung zu entgehen.

Auch Umjerow sieht darin sowohl ein reales als auch ein narratives Problem. Er möchte den Ton der Debatte ändern. Die Einberufung zum Militär, so argumentiert er, sei keine Strafe, sondern eine Ehre. Allerdings räumt er ein, dass jeder Angst vor dem Unbekannten hat, und der Militärdienst sei derzeit mit vielen Unbekannten verbunden. „Die Menschen sollten wissen, wie sie ausgebildet werden, wie sie ernährt werden, wie sie während eines Militäreinsatzes versorgt werden. Und dann, wie sie aus dem Militärdienst herauskommen“. Die Einzelheiten werden noch erörtert, aber Umjerow möchte mit der Armee und dem Parlament neue Regeln aushandeln, eine nationale Datenbank für den Militärdienst einrichten und dann allen Bürgern im wehrpflichtigen Alter eine konkrete Auswahl an Optionen bieten.

Damit die Ukraine den narrativen Krieg mit Russland überleben kann, braucht die ukrainische öffentliche Debatte nach Ansicht von Umjerow eine „Dekompression“. Die angebliche Rivalität zwischen Präsident Wolodymyr Selenskyj und dem Oberbefehlshaber der Armee Walerij Saluschnyj hat in den ukrainischen Medien viel Raum eingenommen. Es wird allgemein angenommen, dass Umjerow einer derjenigen ist, die die beiden wieder zusammengebracht haben. Auf meine Frage nach den Reibereien zwischen dem Präsidenten und dem Oberbefehlshaber antwortete Umjerow, er wolle einfach, dass diese Diskussionen weniger emotional geführt werden: „Es ist normal, dass es zwischen Menschen zu Meinungsverschiedenheiten kommt. OK, alle sind sich einig, dass sie den Krieg gewinnen wollen, aber innerhalb dieser Einigkeit können unterschiedliche Meinungen koexistieren.“ Anstatt Meinungsverschiedenheiten zu politisieren oder sie zu einem Fetisch zu machen, „sollten wir uns auf die Ziele konzentrieren: strategische und militärische Ziele.“

## **Der Kampf der Ukraine gegen Russland ist ein Zusammenstoß der Zivilisationen**

Keine dieser Aufgaben ist einfach, und jede könnte größere, reichere und weniger bedrängte Länder in einen Strudel ziehen. Russland hat eine viel größere Bevölkerung, ist aber nicht in der Lage, die Mobilisierung zu bewältigen, die es jetzt heimlich durchführt, indem es ethnische Minderheiten und sogar Ausländer mit Arbeitsvisum zwangsweise in die Armee einberuft. Die europäischen Demokratien haben es bisher versäumt, die Militärproduktion rasch zu erhöhen, selbst angesichts einer existenziellen und wachsenden Bedrohung durch Russland. Unterdessen sind die Vereinigten Staaten zu keiner Dekompression fähig: Die Amerikaner führen so gut wie keine ruhigen, unpolitischen und „zielgerichteten“ Diskussionen. Alle Diskussionen über die Ukraine sind heute völlig politisiert: Ein Teil der Republikanischen Partei ist gegen die Hilfe für die Ukraine, nur weil sie Joe Biden schaden möchten.

Aber es steht auch etwas anderes auf dem Spiel. Der Kampf der Ukraine gegen Russland war immer ein Zusammenstoß der Zivilisationen, zwischen offener und geschlossener Gesellschaft, zwischen Rechtsstaatlichkeit und Diktatur. Die Ukrainer setzen weiterhin darauf, dass ihre Version der Demokratie nicht nur attraktiver ist als die russische Autokratie, sondern auch effektiver.

Als ich aus Umjerows Büro kam, traf ich einige seiner jüngeren Kollegen, die sich darüber lustig machten, wie seltsam Sätze wie „institutionelle Transformation“ für viele Ukrainer klingen mögen, insbesondere für die leitenden Mitarbeiter des riesigen Apparats des Verteidigungsministeriums. Aber sie sagten nicht, dass sie nicht versuchen würden, es ihnen zu erklären, oder dass sie den institutionellen Wandel nicht umsetzen und den Krieg gewinnen würden. Wenn sie an die Zukunft der Ukraine glauben, sollten wir das auch tun.

**Zsfg.: AV**

<https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,30582132,anne-applebaum-rosjanie-sa-znacznie-slabsi-niz-deklaruja.html#S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>

## ZITAT DER WOCHE



Quelle: [onet.pl](https://onet.pl)

„Unser Präsident [Duda] ist eine politische Mischung aus dem Intellekt eines Neunjährigen und dem Ego eines Mannes in der Midlife-Crisis.“

**Marcin Matczak** - polnischer Jurist, Professor an der Juristischen Fakultät der Warschauer Universität

Quelle: <https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,30578206,marcin-matczak-mamy-za-prezydenta-polityczny-miks-intelektu.html>

### **t-online.de**

Der Konflikt spitzt sich weiter zu

[https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/id\\_100318808/polen-praesident-duda-spielt-mit-dem-feuer-tusk-steckt-in-der-zwickmuehle.html](https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/id_100318808/polen-praesident-duda-spielt-mit-dem-feuer-tusk-steckt-in-der-zwickmuehle.html)

---

### **welt.de**

Die Spielchen der PiS-Partei – und Präsident Duda macht mit

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article249464546/Staatskrise-in-Polen-Die-Spielchen-der-PiS-und-Duda-macht-mit.html>

---

### **faz.net**

Rechtskräftig verurteilte PiS-Abgeordnete sind in Haft

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/polen-rechtskraeftig-verurteilte-pis-abgeordnete-sind-in-haft-19438098.html>

---

### **euroactiv.de**

Tusk rechtfertigt Übernahme der öffentlichen Medien

<https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/polen-tusk-rechtfertigt-uebernahme-der-oeffentlichen-medien/>

---

### **ukraineverstehen.de**

Deutsch-polnischer Runder Tisch zu Osteuropa

<https://ukraineverstehen.de/deutsch-polnischer-runder-tisch-zu-osteuropa/>

**DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas**

<https://forumdialog.eu/>

**POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung**

<http://www.polen-und-wir.de/>

**REDAKTION:**

[kontakt@mitte21.org](mailto:kontakt@mitte21.org)

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik